

Basta!

Nr. 1 / Februar 2012

Basels starke Alternative

Nein zur Mogelpackung

Managed Care

Mutationen an:
Postfach 225, 4005 Basel

AZB
4005 Basel

Das Konzept einer integrierten und koordinierten Gesundheitsversorgung wäre höchst sinnvoll, um Parallelbehandlungen zu vermeiden und das Kostenwachstum zu dämpfen. Die nun vorliegende Variante ist aber eine unakzeptable Mogelpackung, die vor allem einen weiteren Kommerzialisierungsschub und die Zwei-Klassen-Medizin bringt. Der vpod und der VSAO (Verband Schweizer Assistenz- und OberärztInnen) haben das Referendum initiiert. Es wurde mit 132'837 Unterschriften eingereicht.



Managed Care kommt aus den USA, dem Land mit dem teuersten und unsozialsten Gesundheitssystem, und wird immer noch als kostensenkendes Instrument gepriesen. Dieses Argument ist auch bei den Fallkostenpauschalen aufgetischt worden – und hat sich bereits in Luft aufgelöst. Die Vertragsfreiheit zwischen Kassen und Netzen führt zu einem massiv steigenden administrativen Aufwand, denn die Verträge müssen ausgehandelt und eingehalten werden. Die Versorgungsnetze und die Krankenkassen können die Inhalte ihrer (geheimen!) Verträge weitgehend selber bestimmen. In den USA hat sich gezeigt, dass in dieser Dunkelzone um Wettbewerbsvorteile und Profite gefeilscht wird und finanzstarke Netze wie z.B. die private Spitalkette Hirslanden sich zu eigentlichen Gesundheitskonzernen entwickeln. Das bedeutet einen weiteren Ökonomisierungsschub, auf Kosten der op-

timalen und chancengleichen Gesundheitsversorgung.

Es gibt mehrfache Gründe für ein Nein:

- Die **Kassen diktiert**, mit welchen Managed-Care-Netzen sie Verträge abschliessen und was in diesen (geheimen!) Verträgen steht. Zu "teure" Netze werden ausgebootet.
- Versicherte können nur noch die Dienste beanspruchen, die ihr Netz anbietet. Damit wird die **freie Arztwahl eingeschränkt**.
- Um dies zu korrigieren, müsste der freie Zugang zu allen Netzen gewährleistet sein. Die Kassen sind aber nicht verpflichtet, mit allen Netzen Verträge abzuschliessen. Die Vorlage bedeutet, dass man unter Umständen **einem einzigen Netz ausgeliefert** ist.
- Die Patientinnen und Patienten werden mit dreijährigen **Knebelverträgen** an ihre Krankenkasse und das gewählte Netz

gebunden. Wer vor Vertragsabschluss die Kasse und das Netz wechseln will, muss eine Austrittsprämie zahlen.

- Die Netze müssen (von den Kassen vorgegebene) **Budgetziele einhalten**. Das verleitet dazu, sinnvolle Behandlungen zu verweigern, weil sie «zu teuer» sind – mit allen möglichen Konsequenzen für die PatientInnen.

- Wer keinem Versorgungsnetz beitreten will oder kann (in vielen Regionen gibt es noch gar keine), bezahlt neu bis zu 1'000 Franken Selbstbehalt – zusätzlich zur Franchise von mindestens 300 Franken und zu den ständig steigenden Krankenkassenprämien. Wer sich das nicht leisten kann, hat keine freie Arzt- und Spitalwahl mehr. Das bedeutet eine **Zwei-Klassen-Medizin!**

- Versicherten mit Managed Care wurde eine deutliche **Verbilligung** versprochen. Auch das war **gemogelt**: Es bleibt praktisch beim Status quo. Der Selbstbehalt liegt weiterhin bei 10 Prozent, einzig das Jahresmaximum wird von 700 auf 500 Franken gesenkt. Und auch das ist nicht sicher: Der Bundesrat hat die Kompetenz, bei Kostensteigerungen den Selbstbehalt zu erhöhen.

Die beiden Haupt Stolpersteine sind das fehlende Recht der Versicherten, das Versorgungsnetz frei wählen und jederzeit wechseln zu können, und die ökonomische Steu-

Fortsetzung Seite 2

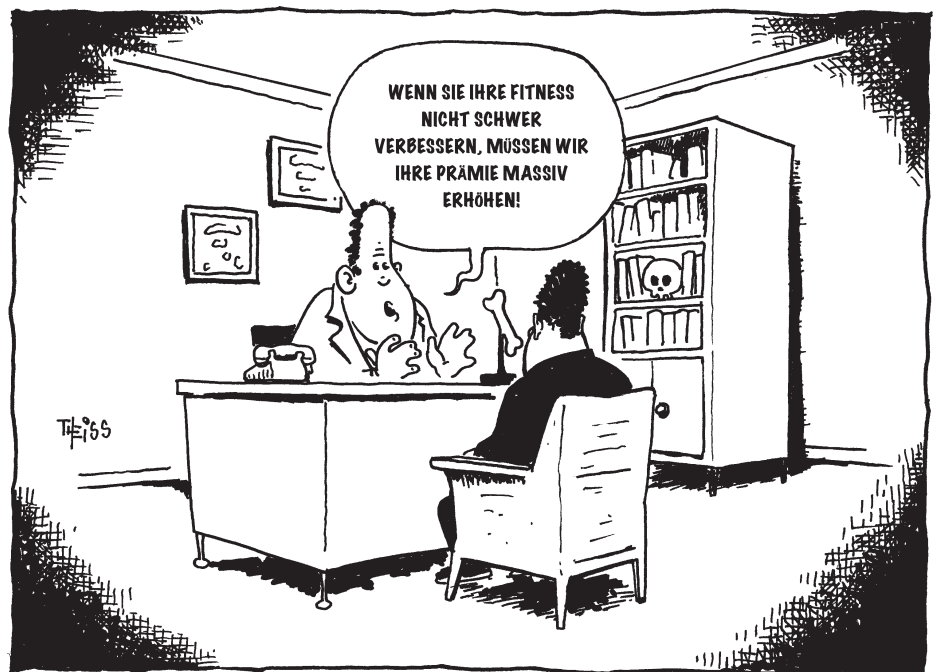
Mogelpackung (Fortsetzung)

erung der Netze über die Budgetmitverantwortung, welche für die PatientInnen verheerende Folgen haben kann.

Folgende Organisationen haben sich bisher gegen die Vorlage ausgesprochen: SPS, SGB, Schweizerischer Berufsverband Krankenpflege SBK, Verband schweizerischer Assistenz- und OberärztInnen VSAO, Verband unabhängiger Ärztinnen und Ärzte VUA, Schweizerischer Hebammen-Verband SHV, Alternative Liste Zürich, der Dachverband der Senioren- und Selbsthilfeorganisationen der Schweiz VASOS und der Verein patient.ch. Und es werden immer mehr!

Alles weitere findet ihr auf der Website www.nein-zur-mogelpackung.ch.

Marianne Meyer Lorenceau



Bausparen oder Steuersparen?

Abstimmungen

Über das Bausparen haben wir bereits zwei Mal abgestimmt: 1999 wurde die Volksinitiative „Wohneigentum für alle“ und 2004 das Steuerpaket klar abgelehnt. Beide Vorlagen sahen die Möglichkeit zu steuerbefreitem Bausparen vor. Nun geht der Hauseigentümerverband erneut in die Offensive.



Das Jahr des Bausparens, so nennt der Hauseigentümerverband (HEV) das Jahr 2012. Am 11. März kommt die Bausparinitiative des HEV Baselland zur Abstimmung, voraussichtlich im Juni 2012 diejenige des HEV Schweiz.

Baselland kennt bereits das steuerbefreite Bausparen. Der Kanton verstösst damit jedoch klar gegen das Steuerharmonisierungsgesetz, wie das Bundesgericht schon mehrmals moniert hat. Das ist einer der Gründe, weshalb der HEV Baselland die Initiative lanciert hat. Sie verlangt, dass Kantone die Möglichkeit erhalten sollen, das steuerbefreite Bausparen einzuführen. Bei einer Annahme wäre Baselland fein raus und der illegale Zustand beendet.

Die Initiative sieht vor, dass Einzelpersonen während 10 Jahren jährlich maximal 15'000 Franken und Ehepaare maximal 30'000 Franken vom steuerbaren Einkommen abziehen können, sofern diese Beträge für das Bausparen eingesetzt werden. Der

HEV beteuert, dass damit sogenannte Schwellenhaushalte (Haushalte mit Einkommen zwischen 60'000 und 90'000 Franken) zu Wohneigentum kommen können.

Es stellt sich allerdings die Frage: Wer kann 15'000 bzw. 30'000 Franken im Jahr sparen? Studien des Bundes kamen zum Schluss, dass Haushalte, die ein Jahreseinkommen von 90'000 Franken erzielen, höchstens 6'000 Franken sparen können. Das Ziel der Initiative ist also klar: Es geht

darum, Steueroptimierungen für einkommensstarke Haushalte zu ermöglichen. Nicht das Bausparen steht im Vordergrund, sondern das Steuersparen, und je höher das Einkommen ist, desto höher fällt wegen der Steuerprogression die „Steuerersparnis“ aus.

Eine Annahme der Initiative würde zu beträchtlichen Steuerausfällen führen: rund 96 Millionen Franken bei den Kantonen und rund 36 Millionen Franken beim Bund. In Basel-Stadt rechnet die Steuerverwaltung mit einem Ausfall von 5-6 Mio. Franken, falls die Initiative des HEV Schweiz angenommen wird. Diese verlangt – anders als die Initiative des HEV Baselland –, dass das Bausparen obligatorisch wird. Von den Mindereinnahmen wären dann alle betroffen, vor allem diejenigen, die sich kein Wohneigentum leisten können.

Beide Bausparinitiativen sind Mogelpackungen. Sie instrumentalisieren geschickt den verbreiteten, irrationalen Wunsch, ein eigenes „Hüsli“ zu besitzen, und versprechen das Blaue vom Himmel. In Wirklichkeit erhöhen sie nur die soziale Ungleichheit. Denn von den Steuerabzügen profitieren nur reiche Haushalte. Ein deutliches Nein am 11. März wäre auch ein klares Signal im Hinblick auf die zweite Abstimmung zum Bausparen, die vermutlich im Juni ansteht.

Patrizia Bernasconi



Zersiedelung stoppen

Die Volksinitiative „Schluss mit uferlosem Bau von Zweitwohnungen“ verlangt, dass keine Gemeinde mehr als zwanzig Prozent Zweitwohnungen aufweisen darf. Bestehende Zweitwohnungen können aber erhalten bleiben. Die Initiative will der Bautätigkeit verbindliche Schranken setzen. Wir finden das eine gute Idee. Denn in der Schweiz wird pro Sekunde ein Quadratmeter Land zugebaut. Der Bau von Zweitwohnungen trägt massgeblich dazu bei.



Boden ist ein knappes Gut, und doch geht der Verschleiss ungebremst weiter. Wenn Boden für Zweitwohnungen überbaut wird, ist das besonders unsinnig, denn diese stehen

während des grössten Teils des Jahres leer. Für touristisch geprägte Gemeinden hat dies gravierende Folgen. Traditionelle Dörfer werden zu überbelegten Beton- resp. seltsamen Chaletwüsten, die Infrastruktur muss für wenige Spitzentage ausgebaut werden, und einheimische Familien finden wegen der stark steigenden Bodenpreise keine Wohnung mehr. Doch auch in Städten wie Zürich oder Basel verschärfen Zweitwohnungen die Situation auf dem ausgetrockneten Wohnungsmarkt.



Schluss mit der Zersiedelung der Landschaft: Beispiel Adelboden

Eine Annahme der Initiative würde die Bundeskompetenz beim Zweitwohnungsbau stärken und es dem Bund erlauben, die Raumplanung mehr an übergeordneten Zielen auszurichten statt an den 2600 lokalen Einzelinteressen der Gemeinden und ihrer Entscheidungsträger. Deshalb sagen wir:

Schluss mit der Zerstörung von Ortsbildern. Schluss mit der Zersiedelung der Landschaft. Schluss mit preistreibendem Bau-Wucher, der die Einheimischen aus dem eigenen Dorf vertreibt. Ja zur Zweitwohnungsinitiative – zum Nutzen aller!

Brigitta Gerber

Buchvielfalt sichern

Buchpreisbindung

Am 11. März 2012 stimmt das Volk ab, ob das Bundesgesetz über die Buchpreisbindung in Kraft treten kann oder zurückgewiesen wird. Ein Jahr zuvor, im März 2011, hatten die beiden Parlamentskammern ein Schweizer Bundesgesetz verabschiedet. Mit festen Preisen solle „die Vielfalt und die Qualität des Kultur-gutes Buch“ gefördert werden, heisst es im Artikel 1, zudem will das Gesetz „möglichst vielen Leserinnen und Lesern den Zugang zu Büchern zu den bestmöglichen Bedingungen gewährleisten“.



Das Komitee „Nein zu überbelegten Büchern“, unterstützt vom Einzelhandelskonzern Migros, den Jungparteien der SVP und der FDP ergriffen das Referendum gegen das ein-

gangs erwähnte Bundesgesetz und erzwangen so eine Abstimmung. Ein Buchmarkt ohne Preisbindung hat zur Folge, dass gigantische Rabatte auf wenige Mainstreamtitel gegeben werden. Zum Teil werden die ordentlichen Preise zuerst erhöht, um dann mit Rabatten zu suggerieren, die Kundenschaft bekäme im Laden das Buch

besonders günstig. Amazon und ExLibris verkaufen viele Bücher weit unter dem Selbstkostenpreis, um die Kundenschaft an sich zu binden – es geht um die Eroberung des Marktplatzes Buch. ExLibris hat seit der Aufhebung der Preisbindung (Stand März 2011) CHF 30 Mio. in Werbung für Rabattaktionen investiert.

In sämtlichen Nachbarländern der Schweiz verzichtet man nicht auf eine Preisbindung bei Büchern. Dies aus dem einfachen Grund: Bücher sind nicht nur Wirtschafts-, sondern auch Kulturgut. Die Mehrheit der europäischen Staaten (mit Ausnahme von England/Irland/Belgien/Luxemburg) haben die Preisbindung. Die Preisbindung ist ein bewährtes und ohne

Subventionen funktionierendes Instrument der Kulturförderung. Produktions- und Transportkosten, Ladenmieten, Lohnkosten und Mehrwertsteuer der jeweiligen Verkaufsländer ergeben länderspezifische Preise für ein Buch, z.B. in Deutschland, Österreich oder der Schweiz. Jeder neue Autor und jede neue Autorin sind darauf angewiesen, dass es Verlage gibt, die an sie glauben und ihre Bücher publizieren. Zudem braucht es Buchhandlungen, die noch unbekannte Titel in ihr Angebot aufnehmen, ausstellen und verkaufen. Die Buchpreisbindung sichert die Buchvielfalt und ein dichtes, vielfältiges Buchhandlungsnetz.

Annemarie Pfister, Buchhändlerin



junges grünes bündnis nordwest

„Nicht ausgeschlossen“, sagte die französische Umweltministerin Nathalie Kosciusko-Morizet gegenüber dem Radiosender *France Info*, sei die Abschaltung des französischen Atomkraftwerks Fessenheim. Ein Satz, auf den viele in den Regionen Elsass, Baden-Württemberg und der Nordwestschweiz gewartet haben dürften. Die Stilllegung des seit langem als marode geltenden Atommeilers könnte also bald erfolgen. Auch wenn die französische Regierung nicht auf einen Anti-Atomenergie-Kurs umschwenken wird, gibt es sogar in Paris bei der Regierungspartei UMP (*Union pour un Mouvement Populaire*) von Präsident Nicolas Sarkozy zwei wichtige Gründe für ein Umdenken bezüglich Fessenheim.



Wird das AKW Fessenheim bald abgeschaltet?

Erstens sind im Januar die Ergebnisse des Stresstests des Kraftwerks bekannt geworden, worin bauliche Massnahmen zur Nachbesserung der (Erdbeben-) Sicherheit des AKW Fessenheim vorgeschlagen wurden. Eine teure Sache, die dem Sparhammer zum Opfer fallen könnte. Zweitens wird auf ein wahlkampfaktisches Manöver von Nicolas Sarkozy spekuliert, um durch eine Abschaltung zusätzliche Wählerstimmen zu gewinnen.

Es sind dies mitnichten die hehrsten Motive, welche die französische Regierung zur Abschaltung bringen könnte. Dass dies geschieht, ist das Verdienst der verschiedenen oberrheinischen Anti-AKW-Organisationen. Auch das *junge grüne bündnis nordwest* (jgb nordwest) hat daran seinen Anteil und verschiedene Aktionen organisiert bzw. daran teilgenommen, um so das Bewusstsein für die Ziele der Anti-AKW-Bewegung zu stärken. Diese Bewegung hat besonders gezeigt, dass eine Region erfolgreich zusammenarbeiten kann – ohne

Rücksicht auf nationale, regionale oder parteiliche Kleingeistigkeit.

Das *jgb nordwest* macht dies seit Jahren vor und das mit Erfolg: Bei den hiesigen Nationalratswahlen war das *jgb nordwest* in Basel-Land mit Abstand die stärkste Jungpartei, in Basel-Stadt hinter den Jungsozialisten die Nummer 2. In Basel-Land waren darüber hinaus Jonas Rosemund (Jahrgang 1990) und Meret Rehm (Jahrgang 1991) die einzigen Kandidaten einer Jungpartei, die über 1000 Stimmen auf sich vereinigen konnten.

Diesen Schwung wollen wir auch in das neue Jahr mitnehmen. An der abschliessenden Mitgliederversammlung des letzten Jahres wurden verdiente Vorstandsmitglieder verabschiedet und junge Aktive nachgezogen, um auch im 2012 fit für die Herausforderungen zu sein, die anstehen. Schliesslich sind dieses Jahr Wahlen auf Gemeindeebene und im Herbst die baselstädtischen Grossratswahlen: Erfolg „nicht ausgeschlossen“.

Abstimmungsempfehlungen

Die Grüne Partei der Schweiz hat im Hinblick auf die Abstimmungen vom 11. März 2012 folgende Parolen beschlossen (BastA! entscheidet erst nach Erscheinen dieses Bulletins):

Ja zum Bundesgesetz über die Buchpreisbindung

Ja zur Volksinitiative „Schluss mit uferlosem Bau von Zweitwohnungen“

Nein zur Bauspar-Initiative

Ja zur Volksinitiative „6 Wochen Ferien für alle“

Ja zum Bundesbeschluss über die Regelung der Geldspiele zugunsten gemeinnütziger Zwecke

WIDERSPRUCH

Beiträge zu
sozialistischer Politik

61

Diktatur der Finanzmärkte, EU-Krise und Widerstand

Herrschaft des Finanzkapitals; EU-Wirtschaftsregierung; Geschlechterdemokratie; Griechenland unter Troika-Diktat; EU-Verfassungspolitik; Unternehmensgewinne und Staatsschulden; Gewerkschaften und Eurokrise; Reichtum und Armut; Finanztransaktionssteuer; EU-Rohstoffpolitik; EU-Beitritt und Souveränität

J. Bisschoff, A. Scheele, K. Dräger, G. Kritidis,
G. Kassimatis, H.-J. Bieling, W. Vontobel, R. Herzog,
H. Schappi, V. Pedrina, N. Imboden, R. Erne, U. Mäder,
P. Wahl, P. Niggli, G. Trepp, H.-J. Fehr

Diskussion

R. Bossart: Atheismus und Religionskritik
C. Goll: Gewalt gegen Frauen
H. Schui: Zukunft der Wirtschaftsdemokratie
P. Angele et al.: Gewerkschaftliches Organizing

216 Seiten, Fr. 25.- (Abonnement Fr. 40.-)
zu beziehen im Buchhandel oder bei
WIDERSPRUCH, Postfach, 8031 Zürich
Tel./Fax 044 273 03 02
vertrieb@widerspruch.ch www.widerspruch.ch

Die EU, die Türkei und die kurdische Frage

Internationale Konferenz in Brüssel

Unter diesem Titel fand anfangs Dezember des vergangenen Jahres in Brüssel eine internationale Konferenz statt. Während zweier Tage diskutierten Menschenrechtlerinnen, Politiker, Schriftstellerinnen, Journalisten, Intellektuelle und Juristinnen aus der Türkei, der EU und den USA über den türkisch-kurdischen Konflikt. Die beiden BastA!-Mitglieder Maya Heuschmann und Martin Flückiger waren vor Ort und haben die Konferenz mitverfolgt.



Die Konfliktsituation in den kurdischen Gebieten der Türkei hat sich in den vergangenen Jahren dramatisch zugespitzt. Die Gespräche zwischen der türkischen Regierung und Abdullah

Öcalan, dem inhaftierten Präsidenten der kurdischen Arbeiterpartei PKK, sind abgebrochen worden. Der türkische Staat scheint entschlossen zu sein, die PKK militärisch zu vernichten. Als wir im Herbst des vergangenen Jahres in Diyarbakir weilten, hörten und sahen wir täglich Bomber starten und Richtung Berge fliegen, wo die PKK ihre Verstecke hat. Die türkische Armee kann dabei auf Daten amerikanischer Aufklärungsdrohnen zurückgreifen. Die vielen Indizien, dass die türkische Armee in diesem schmutzigen Krieg auch (illegale) chemische Waffen einsetzt, haben sich fast schon zur Gewissheit verdichtet. Dorfbewohnerinnen und -bewohner in den Konfliktgebieten werden aufgefordert, ihre Dörfer zu verlassen. Die türkische Luftwaffe bombardierte in den Abendstunden des 28. Dezember 2011 eine Gruppe von unbewaffneten Zivilisten in der Nähe des Dorfes Roboski und tötete rund 35 Personen. Mindestens 18 waren Kinder und Jugendliche, der jüngste soll zwölf Jahre alt gewesen sein.

Politische Repression

Doch auch die politische Repression hat ein unvorstellbares Ausmass angenommen. Sie richtet sich nicht nur gegen kurdische Aktivistinnen und Aktivisten, sondern auch gegen kritische Journalisten, Anwältinnen und die türkische Linke. Über 5'000 Personen sitzen hinter Gittern, darunter demokratisch gewählte Abgeordnete und Bürgermeisterinnen sowie viele Kaderleute der legalen kurdischen Partei BDP. Die Anklage ist ein haarsträubendes Konstrukt, das sich im Wesentlichen auf die Anti-Terrorgesetze aus dem Jahr 1991 stützt. In keinem andern Land der Welt sind derart viele Personen wegen angeblicher Unterstützung einer terroristischen

Gruppierung inhaftiert wie in der Türkei.

Eine neue Verfassung?

Vor diesem Hintergrund will das türkische Parlament eine neue Verfassung erarbeiten. Das wäre auch dringend nötig, denn die alte Verfassung ist alles andere als demokratisch. Sie stammt noch aus der Zeit des Militärputsches und wurde von den Generälen diktiert. Diesen diente die „Türkifizierung“ aller ethnischen, kulturellen und religiösen Gruppen als Leitschnur. Für Menschen- und Minderheitenrechte blieb da wenig Platz. Ob es in der aktuellen, sehr angespannten Lage überhaupt möglich ist, eine demokratische, der pluralistischen Struktur der türkischen Gesellschaft angemessene Verfassung zu erarbeiten, ist mehr als fraglich.

Die Rolle der EU

Die EU hält sich vornehm zurück, wenn es um die Anprangerung der massiven Menschenrechtsverletzungen des türkischen Staates geht. Zu stark sind die wirtschaftlichen Verflechtungen, zu gross ist die strategische Bedeutung der Türkei und zu sehr ist die EU mit sich selber beschäftigt. In letzter Zeit wird die Türkei sogar als Vorbild einer moderat islamistischen Demokratie gehandelt. Gewiss, die Türkei ist kein Gottesstaat, es herrscht weltlicher Staatsterror. Besonders gravierend ist, dass die EU bei der „Terrorbekämpfung“ eng mit den türkischen Sicherheitskräften zusammenarbeitet. Wie die USA hat auch die EU die PKK auf die Liste terroristischer Gruppierungen gesetzt, und das hat schwerwiegende Folgen. Der einzige kurdische TV-Sender Roj-TV ist in den europäischen Staaten immer wieder massiver Repression ausgesetzt: Büros werden gestürmt, Computer beschlagnahmt, Sendeanlagen zerstört. Um

eine Stellungnahme zu der Verhaftungswelle in der Türkei kann sich die EU gestrost drücken, denn die dient ja angeblich der Terrorbekämpfung.

Forderungen an die EU und die Türkei

Im Schlussdokument der Konferenz in Brüssel wird die EU aufgefordert, die PKK von der Liste der terroristischen Gruppierungen zu streichen. Eine Anerkennung der PKK als kriegführende Partei würde es der EU erlauben, diplomatischen Druck auf die Türkei auszuüben und eine aktive Rolle bei der Einleitung eines Friedensprozesses zu übernehmen. Weiter wird die EU aufgefordert, den starken Verdacht, dass die türkische Luftwaffe Giftgasbomben einsetzt, ernst zu nehmen und entsprechende Abklärungen in die Wege zu leiten. An den türkischen Staat geht die Forderung, die Anti-Terror-Gesetze, die den Rechtsstaat faktisch aushebeln, abzuschaffen, ebenso Paragraph 301 des türkischen Strafgesetzbuches, der „Beleidigung des Türkentums“ unter Strafe stellt. Die Gespräche mit Abdullah Öcalan sollten unverzüglich wieder aufgenommen werden. Denn eines ist klar: Ohne Einbezug aller kurdischen Repräsentanten, sowohl der legalen kurdischen Partei BDP wie der in der Türkei verbotenen kurdischen Arbeiterpartei PKK, ist eine friedliche Lösung des Kurdenkonflikts nicht denkbar.

Martin Flückiger

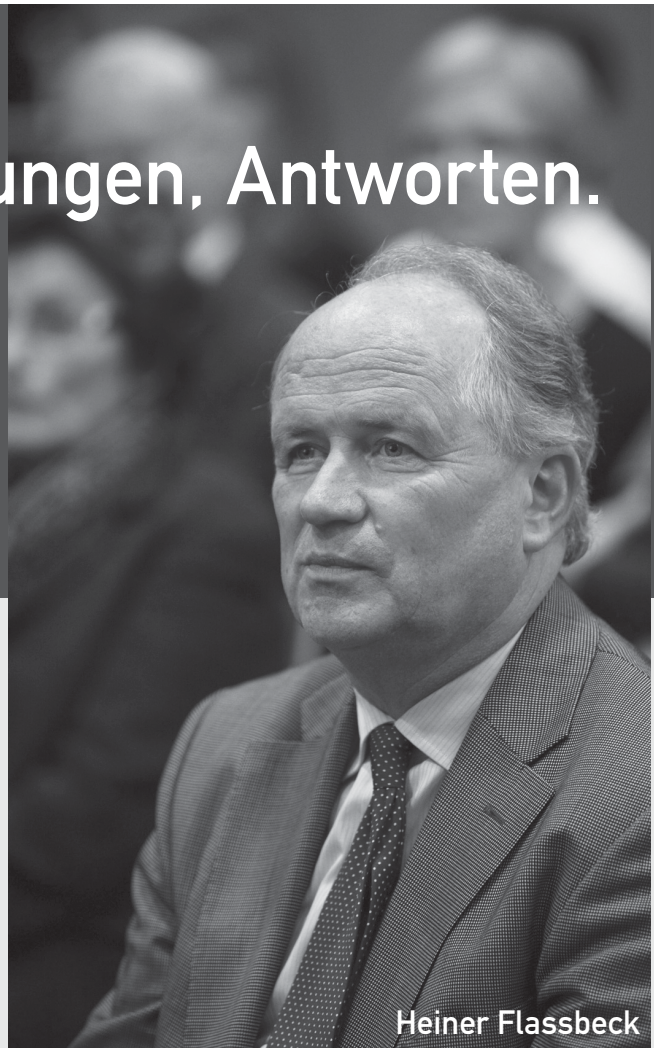


Das Europaparlament in Brüssel.

Die Eurokrise: Ursache, Auswirkungen, Antworten.

Eine Veranstaltung mit
Heiner Flassbeck

Chefökonom der UNO-Organisation
für Handel und Entwicklung UNCTAD



Heiner Flassbeck

**Dienstag, 13. März 2012,
20 Uhr
im Gundeldinger-Casino,
Güterstrasse 211, Triangel-Saal**

Die Weltwirtschaftskrise, welche 2007/2008 begonnen hat, ist keineswegs vorbei. Sie findet heute ihren klarsten Ausdruck in der Krise der Mittelmeerländer Griechenland, Portugal, Spanien und Italien. Heiner Flassbeck, Chefökonom der UNO-Organisation für Handel und Entwicklung, war als früherer Staatssekretär im deutschen Finanzministerium schon bei der Einführung des Euro hautnah dabei.

Nach seinem Referat haben wir die Gelegenheit, mit ihm zentrale Fragen zu diskutieren.

Wie etwa: Was sind die Ursachen der Weltwirtschaftskrise und der Eurokrise?

Welche Zukunft hat der Euro? Welche Rolle spielt die Schweiz, bzw. der Schweizer Franken und die Schweizer Banken? Ist die Eurokrise nicht auch eine Krise der Demokratie?

Wird Griechenland zu einem deutsch-französischen Protektorat?

Welche Aufgaben haben die politische Linke und die Gewerkschaften?

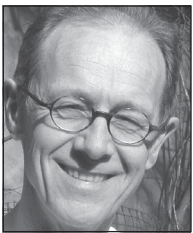
BastA!
Postfach, 4005 Basel
sekretariat@basta-bs.ch
www.basta-bs.ch
PC 40-31244-5

BastA!
Basels starke Alternative

Die Chancen für den Erhalt der Häuser an der Wasserstrasse stehen gut!

Wohnpolitik

Am 24. Januar genehmigte der Regierungsrat eine Absichtserklärung zum Erhalt der Häuser an der Wasserstrasse. Diese wurde unterschrieben von Immobilien Basel, von den IWB, dem Verein Wasserstrasse und der Wohngenossenschaft Gnischter. Ziel der Erklärung ist es, die Häuser und damit günstigen Wohnraum zu erhalten. Dazu sollen die Häuser der Genossenschaft Gnischter im Baurecht übergeben werden, die sie in Zusammenarbeit mit dem Verein in Selbstverwaltung nutzen wird.



Einige Hürden sind noch zu nehmen

Im Rahmen der Schulreform Harnos benötigt das Voltaschulhaus mehr Raum. Dieser kann auf dem Areal zwischen dem bestehenden Schulhaus und der Voltahalle, das zur Zeit für Öllager der IWB genutzt wird, realisiert werden. Die IWB wollen das Heizwerk Volta mit Holzschnitzel betreiben, dazu sollen zwischen Voltastrasse und den hinteren Wasserstrasse-Häusern zwei Lagersilos gebaut werden. Damit werden die Öllager überflüssig. Wenn die Planungsschritte und Bewilligungen für diese Projekte abgeschlossen sind, können die Wohnhäuser voraussichtlich im Sommer/Herbst 2013 übernommen werden. Wegen Bauvorschriften kann möglicherweise das äusserste Haus nicht erhalten werden.

Wie es dazu kam

Seit Herbst 2010 kämpft der Verein Wasserstrasse (www.wasserstrasse.ch) für die Erhaltung der Häuser an der Wasserstrasse. Im Verein sind BewohnerInnen und SympathisantInnen aus dem Quartier organisiert.

Im April 2011 lancierte der Verein eine Kampagne. In der ganzen Stadt waren Transparente und Plakate mit der Aufschrift „Kein Abriss der Häuser an der Wasserstrasse“ zu sehen. Ein detailliertes Konzept für die Übernahme und eine sanfte Renovation wurde ausgearbeitet, den Immobilien Basel und der Regierung vorgestellt, GrossrätInnen kontaktiert, Interpellationen eingereicht.

Der Verein nahm mit den Wohngenossenschaften St. Johann und Gnischter sowie mit dem Dachverband der Wohngenossenschaften (SVW) Kontakt auf. Im Sommer 2011 bereitete der Verein ein Kaufangebot an Immobilien Basel vor. Gleichzeitig kam Immobilien Basel auf die Genossenschaften zu. Im September 2011 diskutierten alle Beteiligten eine Absichtserklärung



mit dem Zweck, die Häuser an eine bestehende Genossenschaft im Baurecht zu übergeben. Ziel ist es, günstigen Wohnraum zu erhalten, die einfach ausgebauten Wohnungen sanft zu renovieren und selbstverwaltet zu bewohnen.

In der Zwischenzeit

Immobilien Basel haben sich bereit erklärt, in der Zwischenzeit den notwendigen Unterhalt zur Erhaltung der Substanz der Häuser zu gewährleisten. Dieser wurde, wie auch klar zugegeben wird, in den letzten Jahren vernachlässigt. Ebenso wird bei Neuvermietungen in den kommenden anderthalb Jahren darauf geachtet, dass MieterInnen einziehen, die planen, sich später an der Genossenschaft zu beteiligen und längerfristig hier zu wohnen.

Ein Zeichen für eine andere Stadtentwicklung?

Stadtentwicklung wurde in den letzten 10 Jahren vor allem als Werkzeug zur Attraktivitätssteigerung für gute SteuerzahlerInnen und Standortmarketing verstanden. Eine ganze Reihe von Grossprojekten wurde so begründet: Die Novartis erhielt ihren Campus und die Hünigerstrasse, die Roche ihren Turm, die Messe ihren Neubau, das St. Johann die Überbauungen Vol-

ta Mitte, West und Zentrum, Kleinhünigen das Stückerli. Dazu kommen Museums- und Konzertprojekte. Eine Entwicklung, die nur Neubauwohnungen, Einkaufszentren, repräsentative Verwaltungsgebäude von global tätigen Firmen und Gebäude der Hochkultur fördert, blendet einen Teil der Bevölkerung aus und transportiert ein Bild konfliktfreier Arbeits- und Konsumwelten. Im Laufe dieses Prozesses wurden auch im St. Johann viele langjährige BewohnerInnen mit niedrigerem Einkommen, kleine Handwerksbetriebe und Ateliers aus dem Quartier und der Stadt verdrängt. Eine Unzufriedenheit breitete sich aus und machte sich auch zunehmend lautstark bemerkbar. Eine dieser Stimmen ist der Verein zur Erhaltung der Häuser an der Wasserstrasse. Mit der Absicht, die Wasserstrasse-Häuser zu erhalten, zeigt die Regierung, dass sie auch diese Stimmen hört. Wäre der Abbruch der Häuser durchgesetzt worden, hätte das zweifellos zu Auseinandersetzungen mit schwer abschätzbaren Folgen geführt. Zu hoffen ist, dass auch andere kritische Stimmen, ein wichtiger Teil der Wählerschaft der rotgrünen Regierungsmehrheit, in den nächsten Jahren bei den Entscheidungen zur Stadtentwicklung Gehör finden.

Daniel Gelzer

Eine folgenschwere Verwechslung

Satire

Thomas Gessler kam als typischer Abenteueremigrant nach Basel. Aufgewachsen in Zürich, machte er sich 1991 auf die Socken: weg von der langweiligen Grosstadt, hin in die abenteuerliche Provinz. Da er sein letztes Geld für einen letzten Joint in Zürich verausgabt hatte, versteckte sich Gessler in der Toilette eines Erstklasswagens der SBB. Er kam völlig bekifft in Basel an und wurde zu seiner eigenen Überraschung mit Pauken und Trompeten empfangen.

„Das muss unser Drogendelegierter sein!“, jubilierte das offizielle Basel. Eine folgenschwere Verwechslung. Denn der echte Drogendelegierte hatte sich längst abgesetzt und arbeitete bis vor kurzem als Anlageberater bei der Privatbank Wegelin. Die Verwechslung ist allerdings nie aktenkundig geworden, da Thomas Gessler keine Papiere auf sich hatte. Die hatte er zum Drehen seines letzten Joints in Zürich verwendet.

Trotz dieser etwas nebulösen Umstände seines Amtsantritts hat sich Thomas Gessler

in Basel gut eingelebt. Sein patriarchalisches Verständnis von Politik waren seinem fulminanten Aufstieg förderlich. „Unter mir kann jeder Regierungsrat dienen“, sagte er sich. Daher kündigte er seine lukrative Stelle am Tropf der Junkies. Ihn gelüstete nach höheren Weihen, und da erinnerte er sich an seine Wurzeln: Migration.

Als Migrationsdelegierter konnte er sich so richtig aufplustern! Sein Leitsatz „Furzen statt Fördern“ ist schweizweit zum Imperativ der Integrationspolitik geworden. Persönlich erinnere ich mich an einen Auftritt Gesslers vor kurdischen Migrantinnen und Migranten. Die lebten alle schon jahrelang in der Schweiz. Gessler sei

Dank wurden sie an diesem einen Abend darüber informiert, dass man sich in der Schweiz zur Begrüssung die Hand gibt und die Abfälle korrekt im Bebbisack vor die Türe stellt. Also das nenn ich volksnahe Aufklärung!

Gessler sucht die Volksnähe. Daher hat er auch kürzlich verkündet, 90% der angeblichen Flüchtlinge seien abenteuerlustige Arbeitssuchende. Sein Chef, der grüne Guy, klatschte begeistert Beifall. Dass Tausende dieser Abenteuerlustigen an den Aussengrenzen der EU ertrinken, muss uns ja nicht kümmern. Ein Abenteueremigrant nimmt das in Kauf. Und wenn man schon das in Kauf nimmt, ist man auch zufrieden mit einem Luftschutzbunker als Unterkunft. Das hat man sich doch erträumt, im fernen Afrika! Endlich ein Kajütenbett, endlich eine atombombensichere Decke über dem Kopf, endlich eine dicke Betontüre, die selbst abenteuerlustigen SVP-Hooligans standhält.

Aber wie das so ist in der Politik: Gessler hat sein Hemd längst wieder gewechselt. Sein aktuelles Hemd riecht nach Wurst. Gessler entwickelt die Stadt. Und diese Stadt riecht immer mehr nach Wurst, vor allem am aufgewerteten kleinbasler Rheinufer. Gessler hätte sich da schon eine gehobeneren Gastronomie gewünscht. Aber die Würste haben sich durchgesetzt. So ist das eben in der Politik!

Willi Tell

Ich interessiere mich für BastA! Schickt mir mehr Unterlagen.

Ich möchte regelmässig von BastA! hören. Ich spende mindestens Fr. 30.– und bekomme den detaillierten BastA!-Versand.

Ich will Mitglied von BastA! werden und bezahle einen monatlichen Beitrag von Fr. _____.–
(Richtgrösse ist 1% des Nettoeinkommens, der Minimalbeitrag für Leute mit geringem Einkommen beträgt Fr. 10.– pro Monat).

Ich bestelle die Broschüre „Mobilität mit Qualität“ (38 Seiten, Unkostenbeitrag Fr. 5.–)

Name: _____

Vorname: _____

Strasse: _____

Adresse: _____

Telephon/Fax: _____

Bitte einsenden an:
BastA!, Basels starke Alternative
Rebgasse 1, Postfach, 4005 Basel
oder Fax 691 16 31

Besuchen Sie unsere neu gestaltete Website.

www.basta-bs.ch

Veranstaltungen

Die Denknetz-Fachgruppe Bildung lädt ein:

Schulen und Hochschulen im Reform-Tsunami

Montag, 19. März 2012, 19 Uhr Universität Basel, Hörsaal 102

Mit Konrad Paul Liessmann

Professor für Philosophie an der Universität Wien

Essayist, Literaturkritiker, Publizist, u.a. Autor des Buches „Theorie der Unbildung – Die Irrtümer der Wissensgesellschaft“

Anschliessend Diskussion

Moderation: Georg Geiger, Lehrer in Basel

Impressum: Nr. 1/Februar 2012. Herausgeber: Förderverein BastA!, Rebgasse 1, Postfach, 4005 Basel, Tel. 061 / 691 16 31, E-Mail: sekretariat@basta-bs.ch, PC 40-31244-5, Website: www.basta-bs.ch, erscheint mind. 4x jährlich, für alle Mitglieder gratis. Redaktion: Karin Haerberli, Patrizia Bernasconi, Richard Spillmann, Martin Flückiger, Druck: Rumzeis Basel